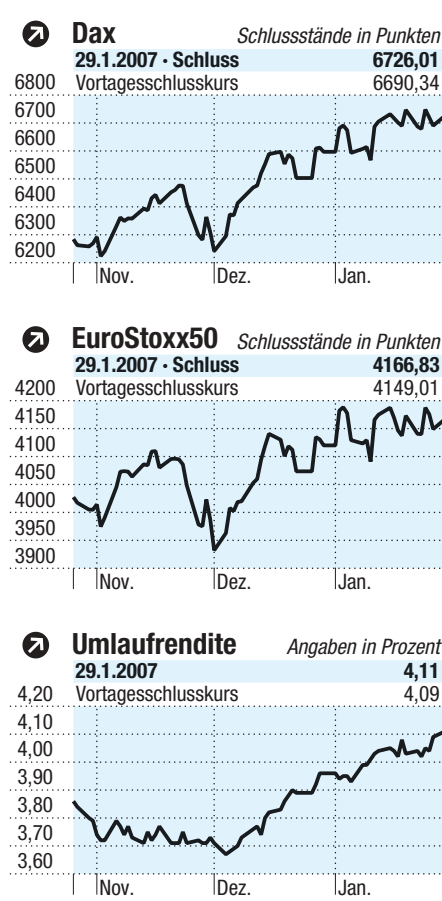


## MARKTDATEN



Börsen	29.01.	26.01.	Änd. %
Dax (Schluss)	6726,01	6690,34	+ 0,53
MDax (Schluss)	9708,37	9642,77	+ 0,68
TecDax (Schluss)	808,80	802,97	+ 0,73
Vdax (Schluss)	15,07	15,05	+ 0,13
Euro Stoxx 50 (Schluss)	4166,83	4149,01	+ 0,43
Stoxx 50 (Schluss)	3765,48	3759,19	+ 0,17
Nasdaq Comp. (Schluss)	12490,78	12487,02	+ 0,03
Global Titans 50 (Schluss)	2441,09	2435,49	+ 0,23
Nikkei 225 (Schluss)	237,63	238,70	- 0,45
Nikkei 225 (Schluss)	17470,46	17421,93	+ 0,28

Währungen:	Änd.
\$ je Euro Interbanken (22 Uhr)	1,2953/55 1,2912/15
Euroreferenzpreis öff. Banken	1,2920 1,2898 + 0,0022

Rohstoffe:	Änd.
Gold (Dollar je Feinunze)	644,75 645,50 - 0,75
Londoner Nachmittags-Fixing	
Brent-Öl (\$/Barrel) (Schluss)	53,68 55,29 - 1,61

Zinsen:	Änd.
Umlaufrendite	4,11 4,09 + 0,02
Rex-Performance-Index	315,64 315,69 - 0,05
Bund-Future (März) (Schluss)	114,74 115,00 - 0,26
10j. Bundesanleihe (Schluss)	4,12 4,09 + 0,03
10j. US-Staatsanleihe (Schluss)	4,99 4,88 + 0,11
Finanzierungsstütze:	Rendite: 7 Jahre 3,50 % 2. Jahre 3,60 %
Bundesschatzbriefe:	Typ A: Endrendite 3,72 %
	Typ B: Endrendite 3,82 %
Hypothekendarlehen: 5 Jahre	effektiv 4,20 - 5,21 %
Hypothekendarlehen: 10 Jahre	effektiv 4,24 - 5,19 %
Festgeld: 30 Tage	1,50 - 3,60 %
Basizins gemäß Bürgerlichem Gesetzbuch (seit 01.01.07)	2,70 %
Leitzins EZB (seit 07.12.06)	3,50 %
Leitzins USA (seit 29.06.06)	5,25 %

## Thielert wehrt sich gegen angebliche Verstöße

Frankfurt (Reuters) - Der Flugzeugmotorenhersteller Thielert setzt sich gegen neue Vorwürfe über angebliche Unregelmäßigkeiten zur Wehr. Das im SDax gelistete Unternehmen wies am Montag Anschuldigungen zurück, die Firma habe bei ihrem Börsengang im November 2005 falsche Angaben zur Aktionärsstruktur gemacht. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) prüft, ob die beim Börsengang gemachten Angaben zu den Besitzern von Thielert richtig waren, wie eine Bafin-Sprecherin am Montag bestätigte. Ein Thielert-Sprecher betonte, die Eigentumsverhältnisse seien korrekt veröffentlicht worden. Die Firma sehe die Anschuldigungen als Folge einer Strafanzeige, die Vorstandschef Frank Thielert im Dezember gegen einen ehemaligen Großaktionär erstattete. „Wir verurteilen, dass das eine Replik ist“, so der Firmensprecher. Mit der Anzeige habe Frank Thielert auf eine Strafanzeige reagiert, mit der er der Bilanzmanipulation bezichtigt wurde. Die Verfahren sind nicht abgeschlossen. Reuters

## Allianz baut Beteiligung an Münchener Rück ab

München (Reuters) - Der Finanzkonzern Allianz baut seine Beteiligung am Rückversicherer Münchener Rück weiter ab. Die Allianz werde die erste Tranche einer Wandelanleihe in Aktien der Münchener Rück zurückzahlen, teilte die Allianz am Montag mit. Dadurch verringere sich die Beteiligung am weltweit zweitgrößten Rückversicherer voraussichtlich auf weniger als fünf Prozent von derzeit gut neun Prozent. Einst hielten beide Unternehmen gegenseitig jeweils rund 25 Prozent der Anteile aneinander. Die Wandelanleihe wurde im Februar 2005 an den Markt gebracht und hatte damals ein Volumen von 1,3 Milliarden Euro. Das Wertpapier läuft im Februar 2008 aus. Der aktuelle Marktwert beträgt zwei Milliarden Euro. Die Rückzahlung der ersten Tranche in Höhe von gut 64 Prozent des Volumens erfolgt am 9. März. Reuters

## Merrill Lynch übernimmt die First Republic Bank

New York - Die US-Investmentbank Merrill Lynch & Co. übernimmt die auf das Geschäft mit wohlhabenden Kunden spezialisierte First Republic Bank. Der Kaufpreis beträgt umgerechnet 1,4 Milliarden Euro. Die First-Republic-Aktionäre sollen 55 Dollar je Anteil bekommen. Merrill Lynch will die Hälfte des Kaufpreises in bar und die Hälfte in eigenen Aktien zahlen, wie der Finanzdienstleister am Montag bekanntgab. Die Aufsichtsbehörde und die First-Republic-Aktionäre müssen noch zustimmen. Der Kurs von First Republic stieg zeitweise um mehr als 40 Prozent, Merrill-Lynch-Aktien gaben leicht nach. dpa



## Fair, sauber und klimafreundlich

Auch beim Kauf von Staatsanleihen können Anleger auf Nachhaltigkeit achten / Studie: Deutschland rückt weit nach vorne

Von Martin Reim

München - Deutschland hat in puncto Nachhaltigkeit einen weiten Sprung nach vorne gemacht. Grund sind Verdienste um den weltweiten Klimaschutz. Dies ist das Ergebnis einer Studie der Ratingagentur Oekom Research, die der Süddeutschen Zeitung vorliegt. Die Untersuchung bewertet die Herausgeber von Staatsanleihen nach ökologischen, ethischen und sozialen Gesichtspunkten. Das Rating soll vor allem nachhaltig ausgerichteten Anlegern, beispielsweise in Ethik-Fonds, bei der Auswahl von Papieren helfen. Einstufungen in dieser Richtung sind bislang eher um Unternehmen üblich, weniger bei Ländern.

Oekom mit Sitz in München ist nach eigenen Angaben der führende Anbieter von nachhaltigem Research im deutschsprachigen Raum. In der seit 2001 jährlich erscheinenden Studie werden die 30 Mitglieder der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie 15 weitere Länder anhand von etwa 150 Kriterien untersucht. Die Kriterien verdichten sich zu ei-

ner Prozentzahl, die ausdrückt, wie gut ein Land auf einer Skala von null bis hundert abscheidet. Ihr Urteil stützt die Ratingagentur vor allem auf Daten von internationalen Institutionen wie OECD, Uno, Amnesty International oder Transparency International.

Deutschland ist 2006 von Rang elf auf Rang sechs vorgerückt. Nur Großbritannien verzeichnete einen noch weiteren Sprung nach oben (Tabelle). Beide Länder hätten davon profitiert, dass sie im internationalen Vergleich „sehr gute Klimaschutz-Leistungen“ vorweisen könnten, sagt Oekom-Länderanalystin Sonja Gantioler. In der Studie seien die entsprechenden Kriterien stärker gewichtet und erweitert worden als noch im vergangenen Jahr.

Beispiel für die herausragende Position Deutschlands sei die „höchst positive Rolle“ bei den Nachverhandlungen zum sogenannten Kyoto-Protokoll, einem weltweiten Klimaschutz-Abkommen. Auch habe die Bundesrepublik große nationale Anstrengungen unternommen, beispielsweise durch die Einführung der Ökosteuern. Gantioler verweist zudem

auf schärfere Gesetze zur Wärmedämmung, die Förderung von öffentlichem Personen-Nahverkehr und erneuerbaren Energien. Dies könne sich langfristig in Fortschritten beim CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Bundesbürger niederschlagen.

Ohne die stärkere Gewichtung dieser Klima-Kriterien wäre Deutschland bei dem Ranking wohl in etwa auf seiner vorherigen Position verharrt, erklärt Gantioler. Positive Noten für die Bundesrepublik gibt es seit Jahren unter anderem für die weitgehende Beachtung von Menschenrechten, für hohe Gesundheitsausgaben, gute Arbeitsbedingungen und einen umfangreichen Umweltschutz. Negativ zu Buche schlagen etwa die hohe Arbeitslosenquote und die relativ niedrigen Ausgaben für Entwicklungshilfe.

Die Klima-Kriterien sind allerdings auch der Grund dafür, dass die Vereinigten Staaten von ihrem ohnehin schlechten Rang 33 um noch drei weitere Plätze abrutschen. Der mit Abstand größte Anleihenemittent der Welt lag schon zuvor weit hinten, weil ihm Menschenrechtsverletzungen, die Tolerierung von Folter und die Todesstrafe angelastet werden.

## Nachhaltig wirtschaftende Länder: Platzierung ausgewählter Staaten

Gesamt-Rating	2006	2005
Norwegen	1	1
Schweden	2	3
Dänemark	3	2
Neuseeland	4	5
Finnland	5	6
Deutschland	6	11
...		
England	13	19
...		
Frankreich	16	17
Japan	17	18
...		
USA	35	33
...		
Türkei	37	37
...		
China	42	42
Russland	43	44
Indien	44	43

Quelle: Oekom Research

Heftige Stürme wie kürzlich „Kyrril“ über Deutschland werden zunehmend als Auswüchse des Klimawandels wahrgenommen. Beim Länderrating der Agentur Oekom schneiden die Staaten mit am besten ab, die der Klimapolitik Priorität geben. Foto: ddp

## Ökologie und Ethik für alle Investoren

Nachhaltige Geldanlage ist längst kein Nischenphänomen mehr. Nach Angaben von Eurosif, das ist der europäische Dachverband für nachhaltige Investments, werden in Europa bereits mehr als eine Billion Euro nach ökologischen, ethischen und sozialen Kriterien angelegt. Zugleich verwischen die Grenzen zwischen nachhaltiger und herkömmlicher Geldanlage. Nicht nur spezialisierte Öko- oder Ethikfonds fragen nach, wie Unternehmen beispielsweise mit Ressourcen und Mitarbeitern umgehen. Vor allem in angelsächsischen Ländern verlangen auch Großinvestoren wie Stiftungen und Pensionsfonds von den Unternehmen Informationen jenseits der nackten Finanzdaten. Sie haben dafür den Sammelbegriff *Environmental, Social & Governance Issues* (ESG) geprägt, der neben Umwelt- und Sozialkriterien auch allgemeine Prinzipien guter Unternehmensführung umfasst.

„Diese Investoren setzen darauf, dass sich Unternehmen, die besonders nachhaltig wirtschaften, im Vergleich zur Konkurrenz überdurchschnittlich entwickeln“, sagt Ralf Frank, Managing Director bei der Deutschen Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management (DVFA). Das Problem sei jedoch, dass viele Unternehmen zwar Nachhaltigkeitsberichte in Prosa vorlegen, aber wenig quantitative Informationen böten. Gerade deutsche Analysten und Fondsmanager aber bewerten Firmen oft streng anhand finanzmathematischer Modelle.

Agenturen wie Oekom oder die Sustainable Investment Research International Group (Siri) bieten zwar mit aufwendigen Analyseverfahren erstellte Ratings an, die sie an Investoren verkaufen. Die DVFA will jetzt jedoch einen Schritt weiter gehen und erreichen, dass Unternehmen quantifizierbare Nachhaltigkeitskriterien in die herkömmlichen Finanzberichte einbauen. „Wir wollen Mainstream-Investoren erreichen“, sagt DVFA-Manager Frank. Dazu entwickelt die DVFA in Zusammenarbeit mit Unternehmen und Investoren derzeit 40 bis 70 Indikatoren für die Versorgungsbranche, bis zum Sommer sollen fünf bis sieben weitere Branchen folgen. Frank hofft, dass die Nachhaltigkeitsindikatoren zum Standard werden und die ersten Unternehmen schon in den Jahresbilanzen für 2007 solche Kennzahlen abbilden.

Martin Hesse

## Steuer als SpARBremse

BVI plädiert für Ausnahme bei langfristigen Kursgewinnen

Frankfurt - Die Anbieter von Investmentfonds fordern eine Ausnahmeregelung bei der geplanten Abgeltungssteuer. Die Steuer an und für sich sei gut, aber die gleichzeitig erwogene Besteuerung der Kursgewinne beim Vorsorgesparen nicht, meinte Wolfgang Mansfeld, designierter Präsident des Bundesverbandes Investment und Asset Management (BVI). Er rechnete ein Beispiel vor: Bei einer monatlichen Sparsumme von 100 Euro könnte mit einem Aktienfonds über 30 Jahre ein Vermögen von 150 000 Euro angespart werden, das mit der geplanten Steuer auf Kursgewinne um 30 000 Euro geringer ausfiele. Dies bremse die Motivation, für das Alter privat vorzusorgen. In anderen Ländern wie der Schweiz, Österreich, Frankreich oder Großbritannien gebe es Steuerfreiheit oder großzügige Freigrenzen. Der Verband ist zuversichtlich, beim Gesetzgeber Gehör für den Vorschlag zu finden. 15 Millionen Bürger nutzten Investmentfonds und seien von den Folgen der Abgeltungssteuer auf Kursgewinne betroffen.

Für den BVI bleibt die Altersvorsorge generell ein zentrales Thema. Inzwischen haben die Bundesbürger 1,2 Millionen Fondsverträge auf Basis der Riester-Rente abgeschlossen. Nun wollen die Mitglieder des BVI auch an der betrieblichen Altersvorsorge teilhaben. Sie planen ei-

ne „Direktfondsrente“, die als Alternative zur Direktversicherung angeboten werden soll. Bei der Direktversicherung können Arbeitnehmer steuerbegünstigt und unter Beteiligung des Arbeitgebers sparen. Details zu dem neuen Produkt würden noch erarbeitet. 2006 verwalten die Investmentfonds Gelder in Höhe von 1409 Milliarden Euro, darunter 670 Milliarden in Spezialfonds und 571 Milliarden Euro in Publikumsfonds. Jeder dritte Deutsche sparte mit Investmentfonds, 12,6 Prozent des privaten Geldvermögens landeten in dieser Anlageform. Allerdings ließen im vergangenen Jahr nach BVI-Angaben viele Privatanleger Chancen ungenutzt und scheuten Risiken. Sie zogen nämlich trotz steigender Aktienkurse Gelder aus den Aktienfonds und bevorzugten kurzfristige Geldmarktfonds oder gesicherte Fonds.

## Vertrauen zurückgekehrt

Es habe sich dabei auch um Gewinnmaßnahmen gehandelt, weil Anleger nicht zu spät aussteigen wollten. Dagegen sei das Vertrauen in die vor einem Jahr in eine Krise geratenen offenen Immobilienfonds zurückgekehrt. „Die Wogen haben sich geglättet“, hieß es beim BVI. Von Oktober bis Dezember habe es in Neugeschäft von einer Milliarde Euro gegeben. Helga Einecke

## Rüge für Kreditwucher bei Banken

Verbraucherschützer kritisieren teure, aber nutzlose Koppelungsgeschäfte / Institute wehren sich

Berlin - Verbraucherschützer werfen den Banken eine „neue Form von Kreditwucher“ vor. Bei Konsumentenkreditwürden Kunden systematisch zum Abschluss von teuren Kreditausfallversicherungen gedrängt“, sagte Edda Müller, Chef der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv). Mit diesen unstrittigen Koppelungsgeschäften bei Ratenkreditverträgen verteuerten sich die Kredite immens. Die effektive und von den Banken verschwiegene Kostenbelastung liege im Jahr bei mehr als 20, 30 oder gar 40 Prozent, weil sich die Einmalbeträge für Restschuldversicherungen häufig auf mehr als ein Drittel des Nettokreditbetrags belaufen und damit in der Regel schon bei Kleinkrediten mehrere tausend Euro ausmachen. Die Gesamtkreditkosten würden dadurch in einzelnen Fällen um gut das Fünffache aufgebläht, sagte Müller. „Wir können beweisen, dass diese Praxis System hat.“ Schließlich lägen ihrem Verband fast 200 eidesstattliche Versicherungen vor, nach denen in mehr als der Hälfte der Fälle eine Kreditvergabe ausdrücklich vom gleichzeitigen Abschluss einer Restschuldversicherung abhängig gemacht worden ist. Von diesen Fällen, so Müller, betrafen mehr als 60 Prozent allein die Citibank. Daneben seien auch die Hypo Vereinsbank, die frühere Norisbank und die Santander Con-

sumer Bank besonders negativ aufgefallen. Die Verbraucherschützer bestätigen mit ihrer Dokumentation die jüngste Untersuchung der Stiftung Warentest zur Vergabe von Konsumentenkredit. Warentest hatte bei dem Gros von 13 untersuchten Banken und Sparkassen massive Mängel bei der Kreditberatung festgestellt und dabei ebenfalls die unzulässige und horrend teure Koppelung von Kon-



60 Prozent der kritisierten Kreditvergaben betrafen die Citibank. Foto: Reuters

mentenkredit mit Restschuldversicherung gerügt. Streitpunkt zwischen den Verbraucherschützern und den Finanzdienstleistern ist die Frage, ob der Kreditvertrag an den Abschluss einer Restschuldversicherung gekoppelt sein muss. 94 Prozent der von den Verbraucherschützern befragten 250 Bankkunden gaben an, ihnen sei kein Kreditangebot ohne Restschuldversicherung unterbreitet worden. Keinem einzigen Kreditnehmer wurde erklärt, dass der angegebene Effektivzins die Kosten der Restschuldversicherung nicht enthält.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, die bislang auf die Selbstreinigungskräfte der Banken gesetzt habe, müsse dringend handeln, fordert die vzbv-Chefin. Überteuerte Restschuldversicherungen stünden in krassem Missverhältnis zu den Leistungen und erreichten „sittenwidrige Höhen“.

Aus Sicht des Bankenfachverbandes in Berlin ist die Studie wenig repräsentativ, so Verbandsgeschäftsführer Peter Wacket. In Deutschland würden elf Millionen Kreditverträge pro Jahr geschlossen. Davon würden beinahe 98 Prozent problemlos beglichen. Zugleich nehme die Zahl der Privatinsolvenzen deutlich zu. Es sei daher „unverantwortlich“, von einer Restschuldversicherung abzuraten (Seite 17). Steffen Uhlmann

## Finanzmärkte im Überblick

## Deutsche Börse: Dax trotz der Telekom

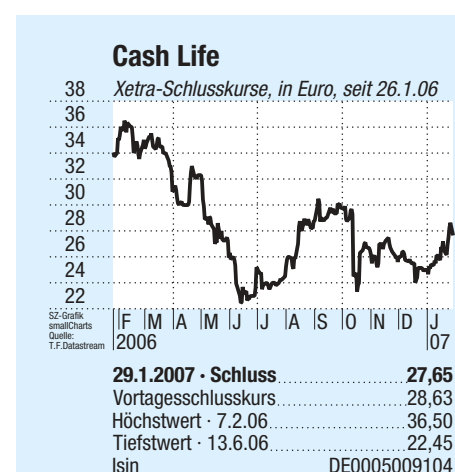
Trotz des Kurseinbruchs der Telekom-Aktie hat der Dax am Montag leichte Gewinne verzeichnet. Das Kursbarometer stieg um 0,53 Prozent auf 6726,01 Punkte. Der Mittelwerte-Index MDax legte um 0,68 Prozent auf 9708,37 Zähler zu. Auch der TecDax verbesserte sich um 0,73 Prozent auf 808,80 Punkte.

Händler begründeten die Kursgewinne mit der positiven Grundstimmung. „Es gibt noch immer viel Bargeld im Markt“, sagte zum Beispiel Udo Becker vom Bankhaus Merck Finck. Viele Anleger warteten nur auf eine gute Gelegenheit, in deutsche Werte einzusteigen.

Verlierer des Tages war die T-Aktie mit einem Minus von 4,02 Prozent auf 13,60 Euro. Teilweise betrogen die Verluste sogar mehr als sechs Prozent. Rund ein Viertel des gesamten Aktienumsatzes im Dax entfielen auf das Papier. Der Bonner Konzern hatte am Sonntag eine Gewinnwarnung veröffentlicht. Gerüchte über ein Übernahmeangebot von Volvo für MAN beflügelten dagegen den Kurs des Nutzfahrzeugherstellers. MAN sprang um 2,63 Prozent auf 78,86 Euro. „Irgendwer spielt am Markt, dass Volvo ein Angebot über 90 Euro für MAN-Aktie durchrechnen lässt“, sagte dazu ein Händler. Gefragt waren auch die Titel

von Infineon, die um 0,90 Prozent auf 11,19 Euro zulegten. Der Chiphersteller hat mit dem Nettogewinn die Erwartung des Marktes übertroffen. Im MDax trieben erneute Übernahme-Spekulationen die Aktie von Hochtief auf 62,94 Euro (plus 4,03 Prozent). Im SDax kletterte Jenoptik um 4,38 Prozent auf 8,10 Euro. Der Technologiekonzern profitierte von einer positiven Prognose für 2007.

Am schwächeren Rentenmarkt stieg die Umlaufrendite auf 4,11 (Freitag: 4,09) Prozent. Der Bundfuture sank abends auf 114,74 (115,00) Prozent.



## Weltbörsen: Intel erfreut die Anleger

Die US-Aktienmärkte sind wenig verändert in die neue Handelswoche gestartet. Der Dow Jones stieg um 0,03 Prozent auf 12 490,78 Punkte. Der breiter gefasste S&P 500 gab um 0,11 Prozent nach auf 1420,63 Zähler, der Nasdaq Composite legte um 0,23 Prozent auf 2441,09 Punkte zu.

Als stärkster Dow-Wert kletterten die Papiere von Intel um 1,75 Prozent auf

## Gewinnrückgang belastet

Nach Bekanntgabe der vorläufigen Zahlen für das Gesamtjahr 2006 verlor das Papier des Finanzdienstleisters Cash Life am Montag 3,42 Prozent. Der im SDax notierte Aufkäufer von Lebensversicherungen verzeichnete operativ einen leichten Rückgang des Gewinns auf 14,2 Millionen Euro. Vorstandschef Stefan Kleine-Deppenbrock erklärte dies mit hohen Investitionen in Marketing, neue Produkte und Märkte. Aktienanalyst Stefan Wolf von der WestLB sagte hierzu, die Investitionen zahlen sich mittelfristig aus, lasteten aber kurzfristig auf dem Gewinn.

20,89 Dollar. Bei der Lösung des Problems, wie der Energieverlust bei den immer komplexeren Chips reduziert werden kann, sei man einen Schritt weiter gekommen, so der Chiphersteller. Die Aktien des Pharmakonzerns Bristol-Myers Squibb legten um 4,65 Prozent auf 27,43 Dollar zu. Ein französisches Finanzblatt hatte zuvor berichtet, der französische Konzern Sanofi-Aventis plane möglicherweise ein Übernahmeangebot. Trotz guter Zahlen gaben die Titel von Schering-Plough um 1,08 Prozent auf 24,82 Dollar nach. Der Arzneimittelhersteller hatte seinen Gewinn vor Sonderposten im vierten Quartal mehr als verdoppelt, die Erwartungen damit aber lediglich erfüllt.

In Europa kam der Euro Stoxx 50 um 0,43 Prozent auf 4166,83 Punkte voran. Die erneut gesenkte Gewinnprognose der Deutschen Telekom trübte die Stimmung für den gesamten Sektor ein. So gaben Telecom Italia als zweitstärkste Titel im Index um 1,52 Prozent auf 2,27 Euro nach. Die Aktien der France Télécom verloren 0,89 Prozent auf 21,18 Euro. Dagegen rückten die Papiere der Société Générale um 1,20 Prozent auf 134,50 Euro vor, nachdem die französische Großbank für das abgelaufene Geschäftsjahr ein deutliches Gewinnwachstum prognostiziert hatte.

Der japanische Nikkei 225 stieg um 0,28 Prozent auf 17 470,46 Punkte.

## Devisen und Rohstoffe: Kupferpreis bricht ein

Der Euro hat sich nach drei verlustreichen Handelstagen am Montag stabilisiert. Um 22 Uhr kostete die europäische Gemeinschaftswährung 1,2954 (Freitag: 1,2913) Dollar. Händler glaubten aber noch nicht an ein Ende der Kursverluste. „Der Euro neigt zum Dollar leicht zur Schwäche“, meinte Helaba-Analyst Ulrich Wortberg. Verantwortlich dafür seien die jüngsten verhältnismäßig robusten Konjunkturdaten aus den USA, „die Spekulationen auf eine Leitzinssenkung der Fed verdrängen und damit den Dollar stützen“.

Zur japanischen Währung stieg der Dollar zeitweise auf ein Vier-Jahres-Hoch von 1,2219 Yen. Die Umschichtung aus Niedrigzinswährungen in Währungsräume mit einem höheren Zinsniveau machte sich auch beim Schweizer Franken bemerkbar. Der Kurs des Euro kletterte in der Spitze auf ein neues Allzeithoch von 1,6246 Franken je Euro.

Kupfer beendete seinen kurzen Aufwärtstrend mit einem Kursrutsch von 3,99 Prozent auf 5587,50 Dollar je Tonne. Als Grund machten Händler die weiter gestiegenen Vorräte verantwortlich.

Die Feinunze Gold kostete zum Nachmittagsfixing in London 644,75 (Freitag: 645,50) Dollar. SZ/Reuters/dpa